

## **Jahresmedienkonferenz 2022**

**Berlin, den 27. Januar 2022**

**Dr. Wolfgang Weiler**

Präsident des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft

*– Es gilt das gesprochene Wort –*

### **Teuerstes Naturgefahrenjahr fordert Versicherer – Nachhaltigkeit im Fokus - Optimismus trotz Corona**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch 2022 sehen wir uns nicht persönlich, was ich sehr bedauere. Genau heute vor zwei Jahren wurde der erste Corona-Fall in Deutschland gemeldet. Und die Pandemie gebietet noch immer: Abstand halten. Sie beschert uns erneut eine digitale Veranstaltung, die wir live auf unserer Website und über die sozialen Medien übertragen.

Ich heiße Sie also auf all unseren Kanälen herzlich willkommen zu unserer Jahresmedienkonferenz.

#### **Flutkatastrophe**

Für Wirtschaft und Gesellschaft sind die Folgen der Pandemie nach wie vor erdrückend. Das vergangene Jahr war für viele Teile der Bevölkerung und für uns Versicherer aber auch in anderer Hinsicht herausfordernd. Die Folgen von Starkregen und Hochwasser, die im Sommer 2021 in Teilen Deutschlands verheerend gewütet haben, haben uns erschüttert. Tief „Bernd“ ist die größte Naturkatastrophe, die Deutschland bisher erlebt hat. Viele Betroffene haben Angehörige und Freunde, ihr Haus, ihr Hab und Gut verloren. Versicherungen können den Schmerz nicht lindern, sind aber oft der erste Ansprechpartner vor Ort. Insgesamt waren rund 16.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Versicherungswirtschaft im Einsatz, dazu kommen rund 2.500 externe Kräfte, wie zum Beispiel Gutachter. Es wurden bisher rund 250.000 einzelne Schadensfälle registriert - davon allein 50.000 Kfz-Schäden. Wir rechnen derzeit mit versicherten Gesamtschäden von über acht Milliarden Euro.

Wir stehen bei der Bewältigung der Klimakrise erst am Anfang. Das haben wir hautnah erlebt: Bei dieser Katastrophe hat sich aber gezeigt, wo die Stärken der privatwirtschaftlichen Schadenregulierung liegen: Prozesse sind etabliert. Dort, wo möglich, wurden die Schäden bereits abschließend bearbeitet. So haben wir wenige Wochen nach der Flutkatastrophe 2021 bereits mehr als 3 Milliarden Euro an unsere Kundinnen und Kunden ausgezahlt – während sich Unversicherte durch einen Antragsdschungel für staatliche Hilfen kämpfen müssen. Zudem geben Versicherer praktische Hilfe bei den Aufräumarbeiten.

Aber wir müssen auch feststellen: Es ist in den vergangenen Jahren trotz vielfältiger Bemühungen nicht gelungen, die Versicherungsdichte bei der Elementarversicherung in ausreichendem Umfang zu erhöhen. Hier wollen wir andere Wege gehen. Auf Details komme ich noch zu sprechen.

### **Nachhaltigkeit/Klimaschutz**

Aufgrund der Klimaveränderung müssen wir davon ausgehen, dass Ereignisse wie „Bernd“ künftig häufiger auftreten werden: Die neue Regierungskoalition muss die Handlungsfreiheit künftiger Generationen sicherstellen – und damit die Grundsätze des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 29. April 2021 umsetzen. Die wirtschaftlichen Schäden und menschlichen Tragödien von Naturkatastrophen übersteigen die Kosten des Übergangs zu einer klimafreundlichen Wirtschaft bei weitem. Rund 280 Mrd. Dollar betragen die weltweiten Gesamtschäden 2021 laut Naturkatastrophenbericht des Rückversicherers MunichRe.

Ohne Vorsorge geht nichts mehr: Neben der Eindämmung der Klimakrise muss auch die Abschätzung der Folgen des Klimawandels ganz oben auf die Agenda der Politik, nicht nur hierzulande, sondern weltweit – auch für die Gesellschaft, unseren Sektor und damit unseren Verband.

Greenwashing ist dabei keine Option. Unser erster Nachhaltigkeitsbericht, den wir 2021 veröffentlicht haben, macht klar: Sowohl bei Investitionen, beim Versichern von Risiken als auch für die Geschäftsprozesse unserer Branche sind Nachhaltigkeitsgesichtspunkte von immer größerer Bedeutung.

Das heißt konkret:

Hochgerechnet rund 80 Prozent der direkt oder indirekt gehaltenen Kapitalanlagen deutscher Versicherer werden nach ökologischen und sozialen Kriterien guter Unternehmensführung angelegt (ESG-Kriterien)

Beim Versichern von Risiken achtet mehr als ein Drittel des deutschen Marktes - gemessen an Beitragseinnahmen - auf ESG-Aspekte. Der Anteil kann bis 2025 auf über 60 Prozent steigen, wenn die Versicherer bereits bestehende Planungen in die Tat umsetzen.

Ihre eigenen Geschäftsprozesse wollen über 90 Prozent der deutschen Versicherer bis 2025 CO<sub>2</sub>-neutral organisieren. 87 Prozent des Strombedarfs wird schon heute aus Grünstrom gedeckt. Der GDV selbst wird vor 2025 klimaneutral arbeiten.

Das wird Kraft kosten. Untätig zu bleiben, kann sich unsere Generation aber nicht leisten – und die kommenden Generationen schon gar nicht mehr.

## **2. Analyse: Das Jahr 2021**

### **Gesamtergebnis**

Ich komme zum Geschäftsverlauf des Jahres 2021: Insgesamt hat die Branche ein moderates Beitragsplus verbucht. Über alle Sparten hinweg liegt der Zuwachs nach unseren vorläufigen Zahlen bei gut einem Prozent auf 223,4 Milliarden Euro. Unter den erschwerten Bedingungen der Corona-Pandemie ist das ein solides Ergebnis. Wir können mit dem Wachstum zufrieden sein, auch wenn wir uns zu Jahresbeginn etwas mehr erhofft hatten. Im Vorjahr hatte das Wachstum bei 1,6 Prozent gelegen.

### **Schaden und Unfallversicherung**

Vor allem die Flutkatastrophe sowie Hagelschläge im Juni prägen das Schadengeschehen im Geschäftsjahr 2021: Mit versicherten Schäden an Häusern, Hausrat, Betrieben und Kraftfahrzeugen von rund 12,5 Milliarden Euro ist 2021 das teuerste Naturgefahrenjahr Deutschlands seit Beginn unserer Statistik Anfang der 1970er-Jahre. Ich hatte es schon erwähnt – allein die Folgen der Flutkatastrophe machen über 8 Milliarden davon aus. Bereits ein gutes Drittel dieser Schäden wurden an unseren Kundinnen und Kunden ausgezahlt. Parallel zum Wiederaufbau fließen fortlaufend weitere Zahlungen.

Alles in allem rechnen wir in der Schaden- und Unfallversicherung 2021 trotz der Corona-Krise zwar mit einer moderaten Zunahme der Beitragseinnahmen um gut 2 Prozent auf 76,6 Mrd. Euro. (2020: 74,9 Mrd. Euro). Gleichzeitig steigt allerdings der Schadenaufwand signifikant an, und zwar um über 20 Prozent auf 62,3 Mrd. Euro (2020: 51,8 Mrd. Euro). Das Verhältnis von Kosten und ausgezahlten Leistungen zu den Beitragseinnahmen, die Schaden-Kosten-Quote, liegt insgesamt bei 102 Prozent. Das bedeutet: Leicht rote Zahlen, aber angesichts der Rekordschäden ein vorzeigbares Ergebnis. Versicherer können auch solche extremen Schäden schultern – und erfüllen ihre Aufgabe.

Für die Sachversicherung erwarten wir unseren vorläufigen Zahlen zufolge mit 129 Prozent die höchste Schaden-Kosten-Quote seit der ersten statistischen Auswertung. Sie ist auch spürbar höher als im bislang schadenreichsten Jahr 2002, das von den Folgen der Fluten an Elbe und Donau geprägt war. Die Combined Ratio damals betrug 120,9 Prozent.

Auch das Ergebnis der Kraftfahrtversicherung ist von den Folgen der Fluten geprägt, das zeigt sich in den Kaskosparten. Aber insgesamt schreibt diese Sparte mit einer Schaden-Kosten-Quote von 95 Prozent schwarze Zahlen. Die Beitragseinnahmen stiegen im Geschäftsjahr 2021 insgesamt – trotz des voraussichtlich anhaltenden Bestandswachstums – aufgrund rückläufiger Durchschnittsbeiträge nur minimal um 0,4 Prozent auf 29 Mrd. Euro.

### **Lebensversicherung**

Die Lebensversicherung hat sich im zweiten Corona-Jahr stabil entwickelt. Die auf ein Jahr berechneten Beitragseinnahmen aus dem Neugeschäft der Lebensversicherer, Pensionskassen und Pensionsfonds legten um 2,6 Prozent auf 9,9 Milliarden Euro zu (Annual Premium Equivalent). Die Zahl neu abgeschlossener Verträge ging demgegenüber im Vergleich zu 2020 um 1,1 Prozent auf 4,7 Millionen zurück.

Erfreulich entwickelte sich das Neugeschäft mit Riester-Verträgen. Hier steht ein Plus von 12 Prozent auf gut 310.000 Policen. Das ist die höchste Zahl an Riester-Neuabschlüssen seit

dem Jahr 2016. Der Bestand blieb damit stabil bei rund 10,4 Millionen Verträgen. Unsere Schlussfolgerung: Viele Kundinnen und Kunden haben sich angesichts der laufenden politischen Debatte um Reformen der privaten Altersvorsorge noch einen Vertrag gesichert. Die Bundesregierung sollte die Voraussetzung dafür schaffen, dass es auch künftig noch eine geförderte private Altersvorsorge gibt. Darauf sind viele Menschen angewiesen, die von einer rein steuerlichen Förderung nicht so stark profitieren können.

Bei den Basisrenten stieg die Zahl neu vermittelter Policen sogar um fast 40 Prozent auf knapp 119.000 Verträge. Der Gesamtbestand stieg dadurch um vier Prozent auf 2,5 Millionen Verträge.

Lebensversicherer, Pensionskassen und Pensionsfonds hatten Ende 2021 gut 87 Millionen Verträge im Bestand, rund 900.000 mehr als ein Jahr zuvor. Allerdings sind diese Zahlen durch die Bestandsübertragung eines Nicht-Mitgliedsunternehmens auf ein Mitgliedsunternehmen beeinflusst.

Die Beitragseinnahmen insgesamt beliefen sich 2021 auf knapp 102 Milliarden Euro, das ist ein Minus von 1,4 Prozent. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf ein schwächeres Einmalbeitragsgeschäft (minus 4,7 Prozent auf 36,5 Milliarden Euro), während die laufenden Beitragseinnahmen leicht auf 65,3 Milliarden Euro zulegen.

Betrachtet man die Beitragseinnahmen, die auf die betriebliche Altersversorgung entfallen, ergibt sich ein Plus von 1,8 Prozent auf 19,5 Milliarden Euro.

### **Private Krankenversicherung**

Für die PKV lief das Geschäft 2021 zufriedenstellend, mit Blick auf die schwierigen Umstände der Pandemie sogar gut. Die Beitragseinnahmen der privaten Krankenversicherungsunternehmen haben sich 2021 um 5 Prozent auf 45,0 Mrd. Euro erhöht (Vorjahr: 42,9 Mrd. Euro). Mit 40,5 Mrd. Euro entfällt davon der Großteil auf die Krankenversicherung, das ist ein Plus von 4,7 Prozent. In der Pflegeversicherung lagen die Einnahmen bei 4,5 Mrd. Euro, ein Anstieg von 7,3 Prozent.

Die ausgezahlten Versicherungsleistungen der PKV haben 2021 eine Höhe von 31,4 Mrd. Euro erreicht. Das sind 2 Prozent mehr als im Vorjahr. Auf die Krankenversicherung entfallen davon 29,3 Mrd. Euro, auf die Pflegeversicherung 2,1 Mrd. Euro.

Der Bestand aus Voll- und Zusatzversicherungen hat 2021 um fast 950.000 Versicherungen auf eine Gesamtzahl von 37,1 Millionen zugenommen, das ist ein Plus von 2,6 Prozent. Im Einzelnen stieg die Zahl der Zusatzversicherungen um 3,4 Prozent auf 28,4 Millionen; die Zahl der Vollversicherungen nahm leicht ab um 0,1 Prozent auf 8,7 Millionen.

Und auch für 2022 rechnet die Private Krankenversicherung mit einer guten Entwicklung.

### **3. Ausblick:**

Damit komme ich zur Gesamtprognose. Die deutsche Versicherungswirtschaft blickt vorsichtig optimistisch ins kommende Geschäftsjahr. Wir rechnen über alle Sparten hinweg mit steigenden Einnahmen. Aktuell erwarten wir für 2022 ein Beitragswachstum zwischen zwei und drei Prozent für den Versicherungssektor insgesamt. In der Lebensversicherung dürfte die Corona-Pandemie auch 2022 die Geschäftsaussichten dämpfen. Wir halten ein Beitragswachstum zwischen einem und zwei Prozent für realistisch. Bei den klassischen

Produkten in der Lebensversicherung erwarten wir eine schwächere, bei den hybriden und fondsgebundenen eher eine wachstumsstärkere Entwicklung. Entscheidend dafür ist die wirtschaftlichen Perspektive der privaten Haushalte und welche politischen Rahmenbedingungen für die private Altersvorsorge sich in der laufenden Legislaturperiode ergeben.

Auch in der Schaden- und Unfallversicherung zeichnet sich ein solides Wachstum für das Jahr 2022 ab. Hier könnten inflationsbedingte Summenanpassungen und Deckungserweiterungen in der Sachversicherung zu einem Beitragswachstum von rund drei Prozent führen.

#### **4. Positionen der Versicherer/Fazit**

Meine Damen und Herren,

ich möchte ein Fazit ziehen.

Versicherer haben das Wohl künftiger Generationen im Blick – als Kapitalanleger und bei der Absicherung von Risiken

Versicherer unterstützen den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft – und machen dabei auch selbst dokumentierbare Fortschritte

Versicherer trotzen Corona und sehen mit vorsichtigem Optimismus nach vorne

Gestalten müssen wir aber auch Fragen unserer Zeit, die vor einem Virus nicht haltmachen. Das gilt insbesondere mit Blick auf die neue Regierung und den vorliegenden Koalitionsvertrag, der unseren Sektor in vielerlei Hinsicht tangiert.

Lassen Sie mich hier noch drei wichtige Themen und unsere Positionen dazu ansprechen:

**Erstens:** Die Anpassung an die Folgen des Klimawandels muss unser aller Handeln bestimmen

Die Ausrichtung aller Politikbereiche auf das **Pariser Klimaschutzabkommen** ist das große Ziel der Ampelkoalition. Die neue Bundesregierung befördert damit einen verlässlichen Planungshorizont für die Nachhaltigkeitswende. Das ist Versicherern ein wichtiges Anliegen und eröffnet dem Sektor nachhaltige **Investitionsmöglichkeiten**. Positiv zu bewerten sind auch die geplanten Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels.

Wir als Verband, die Versicherer und auch die Bundesländer klären seit Jahren mit Kampagnen darüber auf, wie wichtig eine Absicherung gegen Flusshochwasser und Überschwemmungen durch Starkregen sind. Zwar steigt der Anteil der Wohngebäudeversicherungsverträge mit erweitertem Naturgefahrenschutz an. Wir haben aber trotz aller Bemühungen bislang nur rund 50 Prozent der Hausbesitzer dafür gewinnen können, sich gegen Elementarschäden zu versichern. Das ist nicht wenig, aber es reicht nicht. **Wir sprechen uns deshalb für ein neues Gesamtkonzept aus. Es sieht verbindliche politische Schritte zur Klimafolgenanpassung vor, die von Versicherungsschutz für alle private Hauseigentümer flankiert werden.**

Konkret schlagen wir vor: Der Bund eröffnet Versicherern mit Hilfe eines Überleitungsgesetzes die Möglichkeit, alle bestehenden privaten Wohngebäudeversicherungsverträge zu einem Stichtag umzustellen. Damit erhielten alle Versicherungsschutz gegen Naturgefahren. Jeder

Hausbesitzer würde künftig dafür eine risikobasierte Prämie zu zahlen haben. Laut Stiftung Warentest können sich übrigens schon heute neun von zehn Hausbesitzern für rund 100 Euro im Jahr versichern.

Für Hausbesitzer, die bereits gegen Elementarschäden versichert sind, würde sich nichts ändern. Für Hausbesitzer, die diesen Schutz auch zukünftig nicht wollen, bleibt die Möglichkeit, aktiv zu widersprechen. So wahren wir die Entscheidungsfreiheit. Das ist ein kleinerer und milderer gesetzlicher Eingriff, als Verbraucherinnen und Verbraucher staatlich zu einer Pflichtversicherung mit Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen zu zwingen. Klar ist aber auch: **Wir müssen uns als Gesellschaft gegen mehr Extremwetter rüsten und vor allem auch mehr vermeidbare Schäden verhindern.** Daher fordern wir unter anderem Bauverbote in hochwassergefährdeten Gebieten. Außerdem sollte bei Baugenehmigungen eine Klima-Gefährdungsbeurteilung verpflichtend sein. Und wir müssen bestehende Gebäude besser baulich schützen.

**Zweitens:** Nachhaltige Kapitalanlage ist eine Riesen-Chance. Nutzen wir sie!

Die Koalitionsparteien wollen Deutschland zu einem führenden Standort nachhaltiger Finanzierung machen. Zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten soll mehr privates Kapital mobilisiert werden. Grüne Bonds und Öffentlich-Private Partnerschaften sind dafür passende Instrumente, gerade für Versicherer als große und langfristig orientierte Investoren.

Wir begrüßen die Absicht, bei der **Überprüfung des Aufsichtsrahmens Solvency II** den europäischen Versicherungsmarkt zu stärken, auch indem die Bedingungen für langfristige Investitionen verbessert werden sollen. Ich meine: Mit der laufenden Überprüfung und Anpassung von Solvency II besteht die Möglichkeit, das Kapital der Branche für den grünen Umbau der Wirtschaft noch stärker zu mobilisieren – dafür müssen aber wichtige Voraussetzungen erfüllt und die Besonderheiten unseres langfristigen Geschäftsmodells berücksichtigt werden.

**Drittens:** Die private Altersvorsorge ist nicht nur reformbedürftig, sie ist reformfähig.

Sicherheit und Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rente muss das Ziel jeder verantwortungsvollen Politik sein. Eine zusätzliche Kapitalreserve in der ersten Säule – 10 Milliarden Euro sind dafür im Haushalt 2022 vorgesehen – kann vielleicht helfen, den Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rente in späteren Jahren zu begrenzen. Die Lasten aus dem Übergang der Babyboomer in die Rente wird das kaum auffangen. Umso wichtiger wird es, die ergänzenden, kapitalgedeckten Säulen wieder zu stärken. Für die betriebliche und die private Altersversorgung geht es vor allem darum, Freiraum zu schaffen – Raum für breitere Anlagemöglichkeiten, Raum für mehr Renditechancen. Aus unserer Sicht setzt dies voraus, dass Garantien mit Augenmaß gelockert werden.

**Die private Altersvorsorge ist reformbedürftig und reformfähig.** Dabei gilt es, auch die Chancen von Digitalisierung und Standardisierung zu nutzen. Dass das geht zeigt eine wichtige Umstellung des Förderverfahrens durch die Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen schon zum 1. März 2022 nach dem Tenor: „Erst prüfen dann zahlen.“ Damit können Hunderttausende von Zulagenrückforderungen vermieden werden. Damit wird bereits eine wichtige Forderung des von uns und anderen Verbänden vorgelegten 5-Punkte-Plans zur Stärkung der privaten Altersvorsorge umgesetzt. Ein weiterer steht mit der Erweiterung des förderberechtigten Personenkreises im Koalitionsvertrag. Der dritte Punkt steht mit größeren

Anlagefreiheiten für die Produkte ebenfalls schon im Koalitionsvertrag. Auf diese Schritte könnte eine umfassende Reform aufsetzen.

**Eines brauchen wir nicht: den Staat als Anbieter in der freiwilligen, kapitalgedeckten Ergänzungsvorsorge.** Schlanke und attraktive Standardprodukte können wir privatwirtschaftlich anbieten – wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

## Corona

Meine Damen und Herren,

ich habe meinen Überblick mit dem Corona-Virus begonnen – lassen Sie mich auch damit enden: **Versicherer tragen zur Bewältigung der Covid-Krise bei.** Als vollen Erfolg können wir wohl den Schutzschirm betrachten, den die Bundesregierung und die Kreditversicherer im Frühjahr 2020 zur Absicherung der Lieferantenkredite gemeinsam gespannt haben. Er hat dazu beigetragen, Lieferketten und Warenströme in einem Umfang von rund 420 Milliarden Euro zu stabilisieren. So konnten die Lieferketten der deutschen Wirtschaft aufrechterhalten werden und der Schutzschirm planmäßig Mitte des Jahres 2021 auslaufen.

Die massiven Schäden durch Corona haben aber gezeigt, dass die finanziellen Folgen von Pandemien rein privatwirtschaftlich nicht versicherbar sind. Denn das Versicherungsprinzip – die Gemeinschaft trägt die Schäden Einzelner – ist in einer Pandemie außer Kraft gesetzt. Nahezu alle Versicherten sind in dieser Situation gleichzeitig betroffen. Pandemien können daher nur gemeinsam von Privatwirtschaft und Staat getragen werden.

Die wegen Corona angeordneten Schließungen von Gaststätten und Hotels sorgen bis heute allerdings für Auseinandersetzungen über den Umfang des Versicherungsschutzes, was wir sehr bedauern. Mit den bisherigen Urteilen früherer Instanzen, die bislang unterschiedlich und überwiegend auch zu unseren Gunsten ausfallen, setzen wir uns selbstkritisch auseinander. Die rechtlichen Fragen um die Betriebsschließungsversicherung haben nun sogar den Bundesgerichtshof erreicht.

Das gestern ergangene Urteil bestätigt: Corona ist nicht versichert, wenn es in der Liste versicherter Krankheiten der Versicherungsbedingungen nicht genannt ist. Der vor dem BGH verhandelte Versicherungsvertrag sei vor allem hinreichend verständlich und stelle keine unangemessene Benachteiligung des Versicherungsnehmers dar. Das Urteil bringt damit Rechtssicherheit für Verträge mit identischen Klauseln. Grundsätzlich können wir die Enttäuschung von Gastronomen und Hoteliers verstehen, wenn Versicherer Zahlungen ablehnen. Versicherer können aber nur das bezahlen, was versichert ist.

Mit Blick auf die Zukunft möchte ich feststellen: Der GDV hat bereits ein mehrstufiges Absicherungssystem vorgeschlagen, das staatliche Ad-hoc-Hilfen zumindest in einem frühen Pandemie-Stadium ersetzen könnte – es wird an der neuen Bundesregierung liegen, wie wir hier weiterkommen. Bis es soweit ist, schaffen neue, unverbindliche Musterbedingungen des GDV für Betriebsschließungsversicherungen mehr Klarheit.

Meine Damen und Herren,

das waren unsere wichtigsten Themen, Zahlen und Positionen, um aus der Gegenwart die Zukunft zu gestalten. Darüber möchten wir im laufenden Jahr debattieren, diskutieren, streiten und den richtigen Weg abstecken – auch mit Ihnen und wir freuen uns nun auf Ihre Fragen...